

Wilde Manager in Interlaken

WIRTSCHAFTSFORUM
Heute beginnt in Interlaken das Swiss Economic Forum. Das Motto lautet «Live the Wild». Es geht um die Frage, wie wild Manager sein müssen, um in der Wildnis des freien Marktes zu überleben.

Wirtschaftstreffen haben meistens ein mehr oder weniger originelles Oberthema. Dasjenige des Swiss Economic Forum lautet «Live the Wild». Das Treffen mit rund 1350 Teilnehmern aus Wirtschaft und Politik findet heute und morgen in Interlaken statt. Das Motto lässt zwei Interpretationen zu: Es geht zum einen um das Thema, ob ein Unternehmer seine wilde Seite leben darf, soll oder muss. Zum andern lässt es sich als Frage interpretieren, wie ein Unternehmer in der Wildnis des Geschäftslebens, wo überall Gefahren drohen, am besten überlebt.

Ehud Barak als Stargast

Bundespräsidentin Doris Leuthard wird das Forum heute um 13.30 Uhr eröffnen. Um 14.15 Uhr wird der britische Starhistoriker Timothy Garton Ash seine Sicht der Weltlage präsentieren.

Der Höhepunkt des zweiten Tages wird die Verleihung des Jungunternehmerpreises und der Auftritt des ehemaligen israelischen Premierministers Ehud Barak (16.15 Uhr) sein. Das Schweizer Fernsehen berichtet auf den Kanälen SRF info oder SRF 1 live aus Interlaken. *snj*

In Kürze

HANDYTARIFE

Schweizer zahlen am meisten

Die Schweiz ist für Handynutzer das teuerste Pflaster in Europa. Dies zeigt eine Studie des Internetvergleichsportals Verivox über Handyabos und Prepaidangebote aller Netzbetreiber in 13 Ländern. Das Nutzerprofil mit 100 Gesprächsminuten und mindestens 1 GB Datenvolumen kostet hierzulande 25 Franken pro Monat. Von den Nachbarländern ist Italien mit 8.80 Franken am billigsten, vor Deutschland mit knapp 12 Franken und Frankreich mit 16.50 Franken. *sda*

TERRORISMUS

Parlament will Kronzeugenregel

Gerichte sollen Mitglieder terroristischer Organisationen milder bestrafen können, wenn sie den Behörden wertvolle Informationen liefern. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Er nahm oppositionslos eine Motion seiner Rechtskommission an. Mit 108 zu 72 Stimmen abgelehnt hat er eine Motion zum selben Thema von Ständerat Claude Janki (SP, BL), die mehr verlangte. *sda*

SPRACHENSTREIT

Kommission soll Bundesrat beistehen

Der Ständerat will eine ausserparlamentarische Kommission für Sprachenfragen ins Leben rufen. Er hat eine Motion von Stefan Engler (CVP, GR) mit 17 zu 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Die Kommission soll den Bundesrat künftig in allen Fragen der Sprachenpolitik beraten. *sda*

DAVID VAN REYBROUCK **LOSVERFAHREN STATT WAHLEN**

«Wahlen schaffen bloss Eliten, nicht

Damit Politiker das Volk wirklich in seiner Breite vertreten, müssten sie per Los bestimmt werden. Das fordert der belgische Historiker und Autor David Van Reybroeck (46) in seinem Buch «Gegen Wahlen». Nach seinem Auftritt an den Solothurner Literaturtagen erklärte er im Gespräch, warum gewählte Parteien und Berufspolitiker die Demokratie nicht voranbringen.

Herr Van Reybroeck, Sie kritisieren in Ihrem letzten Buch Wahlen und fordern, Volksvertreter per Los zu bestimmen. Gehen Sie überhaupt noch wählen?

David Van Reybroeck: Doch, ich wähle. Obwohl ich Wahlen für ein fragwürdiges Mittel halte. Eine Demokratie, die sich darauf beschränkt, hat keine Zukunft. Wer aber hungrig ist nach Demokratie, isst den kleinsten Apfel, auch wenn er davon nicht satt wird.

Verstehe ich richtig: Sie halten Wahlen für undemokratisch?

In der Geschichte galten Wahlen gar nicht als demokratisches Instrument. Schon der antike Philosoph Aristoteles hat erkannt, dass Wahlen zur Natur der Aristokratie gehören, das Losverfahren aber zur Natur der Demokratie. Wahlen schaffen Eliten. Mit der Amerikanischen und der Französischen Revolution wurden Wahlen eingeführt, um die Demokratie zu stoppen.

Wie bitte? Wahlen gelten doch als Ausdruck der Demokratie.

Ich weiss, dass man das in der Schule so lernt. Es ist aber falsch. Die französischen Revolutionsführer sahen die echte Demokratie und die Macht des Volkes, das die Bastille stürmte, als Gefahr. Die neue Regierung bildeten gut gebildete Bürger, die vorher hinter dem Adel nur die Nummer zwei waren. Die Besitzer von Schlössern und Adelstiteln wurden im revolutionären Frankreich vor zweihundert Jahren einfach durch bürgerliche Leute mit Einfluss und Geld ersetzt. **Damals waren nicht alle Bürger wahlberechtigt. Heute aber können alle wählen. Das ist doch demokratisch.**

Es stimmt, dass sich der Kreis der Wahlberechtigten seither stark ausgedehnt hat. Der Kreis der Wählbaren im Prinzip auch. In der Realität aber sind die Gewählten mehrheitlich Akademiker, viele davon Juristen. In Holland sind nur 2,5 Prozent, in Belgien 5 Prozent der Bürger Mitglied einer Partei. Von diesen sind nur wenige aktive Parteimitglieder, die dann gewählt werden. Da kann man doch nicht von einer repräsentativen Demokratie sprechen, in der die ganze Breite der Gesellschaft vertreten ist.

Werden die falschen Leute gewählt: Berufspolitiker und Experten mit Einfluss und Geld statt normaler Bürger?

Genau. Wir haben erlebt, dass nach 1945 die Bildung, dann die Information und durch Social Media auch die Kommunikation demokratisiert worden sind. Nur die Demokratie ist nicht demokratisiert worden. Das Wahlrecht ist universaler verbreitet denn je, dennoch hat das Misstrauen gegen die Politik und dadurch auch gegen die Demokratie dramatisch zugenommen. In Europa gibt es eine wachsende Sehnsucht nach einer autoritären Politik. Das ist beängstigend.

Lässt sich dieses Misstrauen gegen die Politik belegen?

Gemäss Umfragen von Transparency International gelten politische Parteien in allen europäischen Ländern als wenig vertrauenswürdige Institutionen. Sogar in Norwegen, einem soliden demokratischen Land, glauben 41 Prozent der Bürger, dass die Parteien korrupt sind. In Belgien sind

es 67, in Frankreich über 70 und in Griechenland über 90 Prozent. Die Keyplayer der Politik genießen erschreckend wenig Kredit.

Müsste man also die Parteien abschaffen, um die Demokratie zu stärken?

Nein. Sie verkörpern das politische Recht der Rede- und der Versammlungsfreiheit. Die Demokratie in Belgien, Frankreich, England oder Holland ist aber in Wahrheit eine Parteienherrschaft. Diese Länder müssten von der Schweiz oder Irland lernen, wie man die Exzesse der Parteipolitik eindämmt.

Wie denn? Durch Ihren verrückten Vorschlag, gewählte Parlamente durch ausgeloste Bürgergremien zu ersetzen?

Ich weiss, dass mein Buch «Gegen Wahlen» erst skeptische Reaktionen auslöst – bis man es gelesen hat. Ich finde nicht, dass ein Land plötzlich all seine Behörden per Los bestimmen soll. Ich möchte aber auch nicht in einem Land leben, das in den nächsten zwanzig Jahren nichts an seinem politischen System ändert. Ich plädiere für eine Mischung. Das Lossystem könnte zuerst für heikle Einzelthemen angewandt werden.

Das funktioniert wirklich?

Es gibt genug reale Beispiele, die zeigen, was ausgeloste Gremien in vielen Ländern zu leisten vermögen. Irland ist eine besonders innovative Demokratie. Eben haben 99 ausgeloste Irinnen und Ire als vorbereitende Versammlung für die neue Verfassung über die Abtreibung diskutiert. Das ist im katholischen Irlandschwierig. Politiker fürchten bei so umstrittenen Fragen, nicht mehr wiedergewählt zu werden. Man muss aber solche Themen offen diskutieren können.

Das schafft die Versammlung?

Ja. Nach mehreren Aussprachen war sie mit 79 gegen 12 Stimmen für eine Abänderung des strengen Abtreibungsverbots, allerdings nicht für eine völlige Abschaffung. Vor zwei Jahren berieten 33 Politiker und 66 ausgeloste Irinnen und Ire über die Homosexuellen-Ehe. Sie waren zu 80 Prozent der Ansicht, dass Irlands Verfassung den Homosexuellen dieses Recht geben müsse. Der Vorschlag kam ins Parlament, das ein Referendum beschloss. Dieses wurde dann von zwei Dritteln der Irinnen und Ire an der Urne angenommen. Erstmals in der Geschichte hat das Losverfahren da eine Verfassungsänderung ermöglicht.

Erstaunlich!

Es zeigt, was für eine Legitimität ein Verfassungsentscheid erhält, wenn er von einer wirklich repräsentativen Auswahl unabhängiger Bürger gefällt wird.

Kann jeder Bürger und jede Bürgerin ausgelost werden?

Es gibt zwei Optionen. Entweder nimmt man eine zufällige Probe aus allen Stimmberechtigten. Oder man definiert vorher Kriterien. In Irland musste die ausgeloste Auswahl Altersgruppen, Geschlecht, Wohnorte und soziale Klassen richtig repräsentieren. **Fällt das Los nicht auf allzu viele inkompetente Leute?**

Bei Wahlen bekommt man meistens mehr kompetente Leute, ihr Bildungsgrad ist höher. Ihre Unabhängigkeit aber ist kleiner, weil parteipolitische Motive mitspie-



Demokratievertefcher David Van Reybroeck, letzte Woche auf einem Podium der Solothurner Literaturtage. Keystone

«Seit 1945 sind die Bildung, die Information und die Kommunikation demokratisiert worden. Nur die Demokratie ist nicht demokratisiert worden.»

len. Ein erstaunliches Beispiel aus dem Bundesstaat Südastralien zeigt, dass ausgeloste Gremien kompetent werden können, wenn sie genug Zeit haben. Die strukturschwache Region stand vor der Frage, ihre Einkünfte aufzubessern, indem sie in ihren unbewohnten Wüstengebieten ein weltweites Lager mit nuklearen Abfällen einrichtete.

Was für eine heisse Frage!

Und wie! Die Politiker sagten: Das können wir unmöglich entscheiden, sonst verlieren wir die nächsten Wahlen. Auch vor einem Referendum an der Urne schreckten sie zurück, weil sie die emotionale Debatte fürchteten. Also bildete man ein gezielt ausgelostes Gremium von 350 Bürgern, die diskutierten und sich Experten anhörten.

Versuchten die Experten, diese Laien nicht zu beeinflussen?

Diese Befürchtung gab es. Vor dem Gebäude, in dem die 350 tagten, demonstrierten Atomgegner. Dabei waren ja auch im Gremium Gegner vertreten. Nach sechstägigen Anhörungen und Debatten waren die 350 mehrheitlich dafür, dass man kein Endlager bauen sollte. Obwohl es technisch sicher und finanziell

einträglich gewesen wäre. Das zeigt, dass sich Laien schlau machen können und sich nicht einfach von Experten und Lobbys manipulieren lassen.

Wäre ein Ja des Gremiums bindend gewesen?

Nein, das südaustralische Parlament muss die Frage abschliessend klären. Obwohl ausgeloste Gremien einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren, hat man noch Angst davor, ihre Entschiede für gültig zu erklären. **In Ihrem Buch fehlen die Volksabstimmungen und Mitwirkungsverfahren in der Schweiz. Ist die direkte Demokratie nicht am gerechtesten?**

Ich halte Volksabstimmungen nicht für den besseren Weg als das Losverfahren. Die Initiative und das Referendum, die den Bürgern dazu dienen, etwas auf die politische Agenda zu setzen, sind auch zum Instrument von Parteien und von Lobbys geworden. Selbst in der Schweiz zeigen sich also Limiten von Volksabstimmungen. Auch sie sind nicht immer repräsentativ.

Trauen Sie der direkten Demokratie nicht?

Die Schweiz hat eine einzigartige Tradition von Volksabstimmun-

Demokratie»

LOSIDEE IN DER SCHWEIZ

Auf einem Podium der **Solothurner Literaturtage** machte der belgische Stargast **David Van Reybroeck (46)** am letzten Wochenende auch die Schweizer Öffentlichkeit mit der unkonventionellen Idee vertraut, dass Auslösen gerechter und demokratischer sei als Wählen. Eine Stunde lang erläuterte er dann im Gespräch in einem Solothurner Hotel, wie sich sogar die direkte Demokratie der Schweiz verbessern liesse. Der **Historiker, Ethnologe und Schriftsteller** machte mit seinem Buch **«Gegen Wahlen»** Furore. Darin analysiert er die Vertrauenskrise der europäischen Parteipolitik. Bekannt wurde Van Reybroeck durch den **Sachbuchwähler «Kongou»** über den einst von Belgiens Kolonialisten gegründeten Staat im Herzen Afrikas. Die Idee des Losverfahrens hat auch in der Schweiz Fuss gefasst. Die welsche **Nichtregierungsorganisation «Génération Nominations»** bereitet die **Volksinitiative** für einen repräsentativen Nationalrat vor. Diese fordert, dass die grosse Kammer neu nach dem Losprinzip besetzt werde. Alle vier Jahre sollen 50 der 200 Nationalratssitze nach Bevölkerung der Kantone für eine Amtszeit bestimmt werden. Wen es trifft, der kann ablehnen. Wer annimmt, muss eine entlohnte, einjährige Ausbildung machen. **Charly Pache, Koordinator der NGO**, erklärt auf Anfrage, dass von heute, 1. Juni, bis zum 30. November 2018 in Form von E-Mail-Adressen 100'000 Unterschriftenversprechen gesammelt werden sollen. Die Sammlung beginnt im Frühjahr 2019. Schon weilt die NGO mit öffentlichen Auftritten für ihr Anliegen. David Van Reybroecks Support kann sie brauchen. svb

Bücher von David Van Reybroeck auf Deutsch: «Für einen anderen Populismus – ein Plädoyer», Wallstein, erscheint Ende Juli; «Zink», Novelle, Edition Suhrkamp 2017; «Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist», Wallstein 2016; «Kongou», Suhrkamp 2012.

Schweizer und Schweizerinnen wissen, wie das funktioniert. Sie erhalten in ihrem Land vorher neutrale Informationen in einem Büchlein der Behörden. Die Briten aber hatten beim Brexit einen brisanten Entscheid ohne solch sachliche Information zu fällen. Der Brexit sollte uns davor warnen, Volksabstimmungen unkritisch als einzigen Weg zu sehen, wie sich die Demokratie verbessern lässt. **Deutsche Politiker finden, ihr Land sei zu gross und zu komplex für Volksabstimmungen. Was finden Sie?** In der Schweiz funktionieren Volksabstimmungen auf lokaler wie auch auf nationaler Ebene. Also scheint es auch in grösseren Dimensionen zu klappen. Nationale Volksabstimmungen sind aber heikel, wenn sie wie beim Brexit in einem Land geschehen, dessen Öffentlichkeit durch populistische Medien dominiert wird und in dem es keine seriöse Information durch die Regierung gibt. Würden Sie aus Ihrer Schweizer Sicht Volksbefragungen in EU-Staaten begrüssen? **Ja, Politiker, die das ablehnen, haben Angst vor der Meinung ihrer Bürger.**

Das haben viele Politiker. Deutschland ist aber vielleicht ein Spezialfall. Ich lebe derzeit in Berlin und spüre dort, wie präsent das Bemühen noch ist, sich korrekt und durch demokratische Diskussion vom Nationalsozialismus abzugrenzen. Extreme Töne und Volksverführung sind verpönt. Auch deshalb dauerte es vielleicht drei Jahre, bis mein Buch «Gegen Wahlen» auf Deutsch übersetzt wurde. Der Titel wirkte wohl allzu kontrovers. **Ist Deutschland das moralische Bollwerk in der Krise der Demokratie?**

Auch in Deutschland wächst durch den Aufstieg der AfD die Sorge um die Demokratie. Mich beängstigt die optimistische Annahme, Angela Merkel werde es schon richten und nach der Wahl von Alexander van der Bellen in Österreich und Emmanuel Macron in Frankreich sei die Gefahr des Populismus schon gebannt. Diese Wahlen gewähren uns bei der Verbesserung der Demokratie höchstens eine Atempause. In Europa schreitet die Spaltung zwischen gut und weniger gut gebildeten Leuten voran. Das ist das Thema meines Buchs «Plädoyer für einen anderen Populismus», das bald auf Deutsch erscheint. **Schon wieder ein provozierender Titel!**

Ich kritisiere darin Hillary Clinton, die die Trump-Wähler «beklagenswert» fand. Oder den deutschen SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz, der ein «Aufstand der Anständigen» fordert, also einen Teil der Bürger für unanständig hält. Die gebildete Upperclass blickt so abschätzig auf die Ungebildeten herab. Das ist konträrproduktiv.

Rühmen Sie in Ihrem Buch die Populisten? Ich unterscheide zwischen populistischen Führern und Wählern. Viele Lösungen der Führer sind dumm, simpel, nostalgisch. Sie schaffen es aber, Leute für die Politik und die Demokratie zu mobilisieren, die sich von den traditionellen Parteien nicht mehr vertreten fühlen. Während die Kader der linken Parteien ihre früheren Wähler aus der Arbeiterschaft verachten, weil sie oft ausländerfeindlich sind. **Was soll die Linke denn tun?** Die Parteien – nicht nur die Linken – müssen neue Methoden finden, um mit den populistischen Wählern ins Gespräch zu kommen und deren Zorn zu nutzen. **Welchen Weg schlagen Sie vor?** Als Belgien 2010/2011 keine Regierung hatte, wurde per Los die Bürgerplattform G1000 gegründet, die über fünf Themen debattiert. Unter anderem über Asylpolitik. An den runden Diskussionstischen mit je zehn Personen sass auch populistische Wähler. Alle tausend Anwesenden mussten Belgiens Migrationspolitik mit Noten von 1 bis 10 offen bewerten, ohne dass jemand als Rassist blossgestellt wurde. Schliesslich fragten wir alle, welche Massnahmen nötig seien, damit sich ihre Wertung für Belgiens Migrationspolitik um eine Note verbessere.

Was war das Ergebnis? Dass wir am Ende des Tages nicht eine geteilte Gesellschaft wie nach dem Brexit hatten, sondern eine Liste gemeinsamer Prioritäten, die zu konkreten politischen Vorstössen geführt haben. Ich glaube, dass sich die Demokratie so stärken lässt: indem wir vom Recht zu wählen weitergehen zum Recht mitzutreden.

Interview: Stefan von Bergen

Wie man rosarote Luft verkauft

Das geplante Onlinemagazin «Republik» ist das Medienereignis der Stunde. Gestern Abend endete das Crowdfunding, das 3,45 Millionen Franken einspielte: Weltrekord. Hinter dem Erfolg steckt ein kühner Plan – und ein toter amerikanischer Werbetexter.

Was für ein grandioser Coup: Die beiden renommierten Journalisten Constantin Seibt und Christof Moser verkaufen rosarote Luft – und die Menschen stehen Schlange, um dafür zu bezahlen. Exakt 13'845 Leute haben Seibt und Moser in den letzten 35 Tagen dazu gebracht, zusammen 3,45 Millionen Franken hinzublättern. Für ein Medienprojekt, das sie nicht kennen, weil es noch gar nicht existiert. Und von dem sie bislang so gut wie nichts wissen. Ausser dass es ein Onlinemagazin namens «Republik» werden und Anfang 2018 starten soll.



Constantin Seibt



Christof Moser

Inseratekampagnen alle Regeln der Zunft brach und die Werbebranche aufmischte. Legendäres Beispiel: Gossage machte die Tankstellenkette Fina vor bekanntesten Amerikas, indem er für sie das Einzige erfand, was sie von der Konkurrenz unterschied: rosarote Luft für die Autofreien.

Genau so verrückt ist die «Republik»-Kampagne, die Gossages Lehren fürs 21. Jahrhundert adaptiert. Der Werber, so schrieb Seibt einmal, sei für ihn ein «Held». Denn er liefere «mehr Ideen und Erkenntnisse für die Zukunft des Journalismus im Netzzeitalter als ein paar Tausend Verlegerkongresse». Einige davon setzen Seibt und seine Crew mit ihrem Magazin jetzt um.

Die wichtigsten Menschen verführt man nicht mit Produkten, sondern mit guten Geschichten. Jene der «Republik» spielt vor der Drohkulisse der medialen und politischen Apokalypse. Journalismus und Demokratie liegen in dieser düster und masslos überzeichneten Erzählung in den letzten Zügen auf dem Sterbebett. Es gibt nur noch eine Hoffnung: Rebellion – jetzt oder nie. Gemeinsam aufstehen gegen die Gleichgültigkeit. Gegen den Mainstream. Gegen die eigene Branche, die Totengräber des Journalismus, die rechten Feinde der Demokratie. Seibt und Co.

ziehen die «Republik» als mutiges Wagnis zur Rettung des Guten auf, das offenbar allein durch seine kühne Unverfrorenheit Überzeugungskraft schafft.

Die Hoffnung auf das Gelingen des riskanten Vorhabens wie die Furcht vor dessen Scheitern fesseln das Publikum, schaffen Gemeinsamkeit, machen aus Kunden Komplizen. Das ist keine Marketing-, sondern eine Mobilisierungskampagne. Statt Konsumenten werden besorgte Bürger angesprochen. Nicht «Kauf nichts!» lautet die Botschaft, sondern «Sei dabei!» – das Abo als Statement. Die «Republik» trifft damit nicht nur einen zeitkritischen Nerv. Sie erfüllt so in der Ära von Medienkrise, Populismus und Fake-News auch die wachsende Sehnsucht nach klarer Haltung.

Wie konsequent und meisterhaft die «Republik»-Macher ihre Idee durchziehen, zeigt das gestern Abend um 20 Uhr benedete Crowdfunding. Inzeniert als klassischer Showdown: Finden sich mindestens 3000 Personen, kommen mindestens 750'000 Franken zusammen, dann wird auch der von Investoren zugesicherte Betrag von 3,5 Millionen Franken ausgeschüttet. Gelingt es nicht, ist die «Republik» tot. Alles oder nichts, Existenz oder Exitus. Dieses Szenario funktioniert nur ohne fix-

fertigtes Produkt. Solange die «Republik» eine Blackbox bleibt, in die jeder seine Wünsche hineinprojiziert kann.

Das ist nun das Problem: Die Zeit des Laberns ist vorbei, jetzt müssen Seibt und Moser liefern. Aus rosaroter Luft muss fassbare Materie werden, aus der Idee ein Magazin, das mehr ist als ein romantisch-revolutionärer Hype. Die Latte liegt hoch, die geschürte Erwartungshaltung ist so gewaltig wie vielschichtig. Bislang gibt es zum publizistischen Konzept der «Republik» nicht viel mehr als wolkige Sprüche. «Journalismus ohne Bullshit» wolle man machen, sich «auf die wesentlichen Fragen und Themen konzentrieren», «einen Salon für Debatten und ungelöste Probleme bieten». Schöne Sätze aus dem Phrasenschein, die nun mit Leben zu füllen sind.

Ohne Enttäuschungen beim Publikum wird es nicht gehen. Seibt und Moser versuchen das abzufedern, indem sie denselben Kniff anwenden wie beim Crowdfunding: Die Abonnenten werden konsequent als Verleger angesprochen und auf Augenhöhe in die Entwicklung des Konzepts einbezogen. Es ist ein rollender Prozess, der durch gemeinsame Verantwortung zusammenweicht und Identität schafft. Die «Republik» als transparentes Gemeinschaftsprojekt, mit dem das eigentliche Nice-to-have-Produkt, das im Massenmarkt verschwindet, zum Must-have-Produkt werden soll, das überlebt. Dafür braucht es inners fünf Jahren 22'000 Abonnenten. Diese zu gewinnen, wird leichter sein, als sie langfristig zu halten. Wir sind gespannt. Peter Meier

Nun werden die Macher überall für ihre Kampagne gefeiert. Zu Recht. Denn ihr Strickmuster ist eine fulminante Imitation. Abgeschaut beim 1969 verstorbenen US-Werbetexter Howard Luck Gossage, der vor einem halben Jahrhundert mit seinen ebenso eigenwilligen wie erfolgreichen



Das Abo als Statement: Beim Start des Crowdfunding für die «Republik» standen die Menschen in Zürich Schlange vor dem früheren Stundenthotel Rothaus, dem Sitz des Start-ups. Keystone

Effiziente Regierung als Pluspunkt

VERGLEICH Im internationalen Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit verteidigt die Schweiz Platz 2 hinter Hongkong. Zurückgefallen ist sie dagegen bei der Wirtschaftsleistung.

Die grossen Pluspunkte der Schweiz sind im Ländervergleich ihre gute Infrastruktur und die Effizienz der Regierung. Im alljährlichen Ranking der wettbewerbsfähigsten Staaten verteidigt sie damit den zweiten Rang

hinter Hongkong. Das zeigt der «World Competitiveness Report 2017», den das Managementinstitut IMD gestern publizierte.

Schlechter schneidet die Schweiz indes punkto Wirtschaftsleistung ab: Lag sie hier im Vorjahr noch auf Platz 10, war es 2017 lediglich Platz 15 von 63 untersuchten Ländern. Studienmitautor José Caballero führt die Entwicklung unter anderem auf den Rückgang der ausländischen Investitionen in der Schweiz zurück. Zudem existiere in der Ex-

portwirtschaft sowohl hinsichtlich der Handelspartner als auch der ausgeführten Produkte ein Klumpenrisiko. Auch die Bedrohung durch Stellen- und Produktionsauslagerungen ins Ausland laut Caballero zugenommen.

Seit 2013 in der Spitze: Dass die Schweiz seit 2013 im Ranking stets auf Platz 2 geführt wird – ausser 2015, als sie wegen des Frankenschocks auf Platz 4 zurückfiel – erklärt der Forscher vorab mit der Stabilität des Lan-

des. Öffentliche Finanzen, die Effektivität der Institutionen, das Unternehmensrecht seien über die Jahre auf hohem Niveau verharrt, sagt Caballero.

Erstmals haben die Autoren heuer auch die digitale Wettbewerbsfähigkeit der Länder untersucht. Viele der Länder, die im digitalen Ranking in den Top Ten figurieren, sind auch im Gesamtranking auf den vorderen Plätzen anzutreffen. Dazu gehören die Schweiz, Singapur, Schweden, die USA und Dänemark. sda/pem